

Amtliche Bekanntmachung der Stadt Minden vom 24.11.2018

Unwirksamkeit des Bebauungsplanes „RegioPort Weser I“

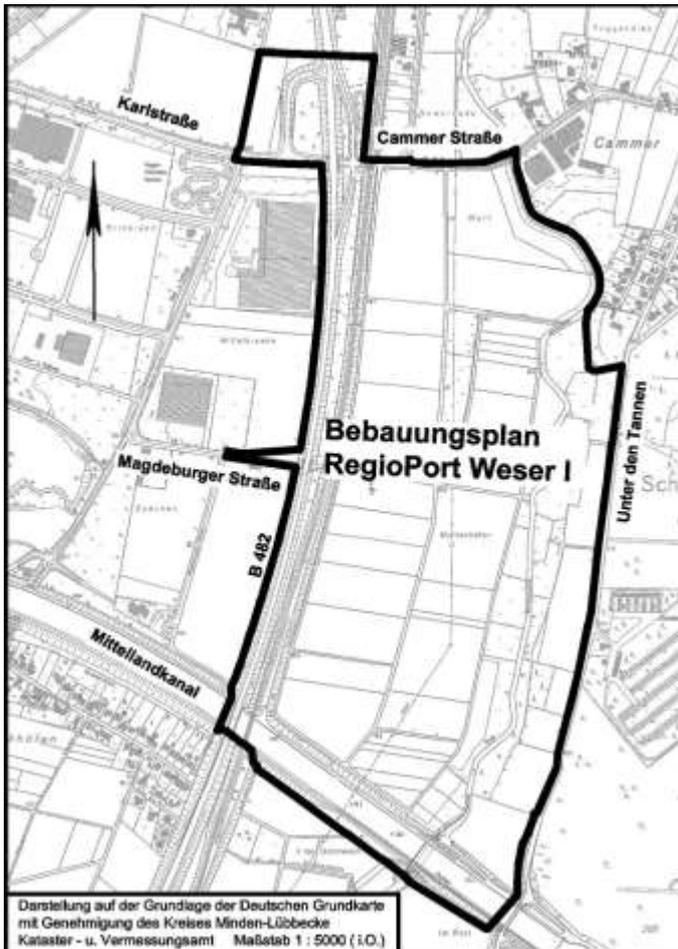
Gemäß § 47 Abs. 5 Satz 2 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) wird nachstehend die Entscheidungsformel der Urteile des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen vom 26.06.2017 (Az.: 2 D 59/16.NE und 2 D 70/16.NE) bekanntgemacht.

Das Bundesverwaltungsgericht hat am 17.5.2018 in den Normenkontrollsachen BVerwG 4 CN 9.17 und BVerwG 4 CN 10.17 die Revision des Antragsgegners (Planungsverband RegioPort Weser) gegen die Urteile des Oberverwaltungsgerichtes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 26.6.2017 zurückgewiesen. Damit sind die Urteile des Oberverwaltungsgerichtes OVG 2 D 59/16.NE und OVG 2 D 70/16.NE vom 26.6.2017 rechtskräftig. Die Entscheidungsformel der Urteile des Oberverwaltungsgerichtes lautet wörtlich wie folgt:

„Der Bebauungsplan „RegioPort Weser I“ des Planungsverbandes RegioPort Weser ist unwirksam“.

Da der Planungsverband RegioPort Weser als Plangeber unwirksam gegründet worden ist, ist in Folge auch der Bebauungsplan „RegioPort Weser/Hafen Bückebug-Berenbusch“ unwirksam.

Die ursprünglichen Geltungsbereiche der Bebauungspläne „RegioPort Weser I“ und „RegioPort Weser/Hafen Bückebug-Berenbusch“ sind im Folgenden zu ersehen:





Auf die Veröffentlichung der Bezirksregierung Detmold im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Detmold vom 24.09.2018 (ABl.Reg.Dt.2018, S. 230.) zur Unwirksamkeit des Zweckverbandes „Planungsverband RegioPort Weser“ und der damit einhergehenden Abwicklung des Zweckverbandes wird hingewiesen.

Die Unwirksamkeit des Bebauungsplanes „RegioPort Weser I“ wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Minden, 20.11.18

Der Bürgermeister, Michael Jäcke